

Nr. 31**Anfrage
der Fraktion der SPD.**

Betr.: Waldbesitz-Tausch des Gauleiters Sprenger mit Freiherrn von Frankenstein.

Der frühere Freistaat Hessen hatte in der Gemarkung Obereschbach, Kreis Friedberg, einen Waldbesitz von 600 Normalmorgen. Dieses Waldstück grenzte an einen Wald, welcher dem Freiherrn von Frankenstein gehörte. Dieser Freiherr von Frankenstein besaß ein kostbares Gemälde, für welches sich Adolf Hitler interessierte. Er gab deshalb dem Gauleiter Sprenger Auftrag, wegen Verkauf dieses Gemäldes zu verhandeln. Herr von Frankenstein und Gauleiter Sprenger hatten einen gemeinsamen Jagdfreund und dieser übernahm die Verhandlung. Sie führte zu dem Ergebnis, daß der Herr von Frankenstein bereit war, sein Gemälde gegen den oben erwähnten Wald des Freistaates Hessen zu tauschen. Dieses Geschäft kam zustande. Die 600 Normalmorgen Wald wurden im Grundbuch für den Freiherrn von Frankenstein eingetragen und das Gemälde ging an Hitler.

Wir fragen die Großhessische Regierung, ob sie bereit ist, das Erforderliche zu veranlassen, um das erwähnte Waldstück wieder in Gemeineigentum zurückzuführen.

Nr. 32**Anfrage
der Fraktion der SPD.**

Betr.: Tabaksteuer.

Unsozial und untragbar wirkt sich die sprunghafte Erhöhung der Tabaksteuer aus. Die dadurch bedingten hohen Preise gestatten es nur Schwarzhändlern und Personen mit hohem Einkommen Zigarren und Zigaretten zu kaufen, während es dem werktätigen Volke unmöglich ist, sich dieses weit verbreiteten Genußmittels zu bedienen.

Es ist selbstverständlich, daß dadurch eine große Verbitterung unter der schaffenden Bevölkerung Platz gegriffen hat. Der Verbrauch an Tabakwaren wird durch die in Kraft getretene hohe Besteuerung so stark eingeschränkt werden, daß viele Tabakbetriebe geschlossen, andere in ihrer Produktion stark eingeschränkt werden. Dies ist um so unhaltbarer, weil in der Tabakindustrie viele Kriegerwitwen, die keinerlei Rente bekommen, ihren Unterhalt gefunden haben.

Was gedenkt die Regierung zu tun, um zu erwirken, daß die Steuer auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wird?

Nr. 33**Anfrage
der Fraktion der SPD.**

In tiefer Sorge um das Schicksal der notleidenden Bevölkerung wendet sich die sozialdemokratische Fraktion an die Landesregierung, weil die brennende Not in Stadt und Land neben langfristigen und weitsichtigen Plänen, wie z. B. denen der Währungsreform, vor allen Dingen eine Reihe von Sofortmaßnahmen verlangt, damit Volk und Wirtschaft nicht noch tiefer in das Elend gerissen und damit unentzerrbar dem allgemeinen Chaos ausgeliefert werden.

Es müssen Sofortmaßnahmen getroffen werden, die zwar keine Heilung der schweren Krankheit von Volk und Wirtschaft bedeuten, aber eine Beseitigung von jetzt bestehenden größten Mißständen herbeiführen.

Schon einmal ist in unserer Generation die junge Demokratie entscheidend durch die verheerenden und verderblichen Auswirkungen der wirtschaftlichen Katastrophe in den Jahren nach 1918 so sehr geschwächt worden, daß damit der Keim ihrer Vernichtung gelegt wurde. Es ist von geschichtlicher Bedeutung, daß nicht zum ersten Male der Versuch eines demokratischen Aufbaues in sozialistischem Geiste an der mangelnden Tatkraft der Regierungen scheiterte. Die Sozialdemokratie hat aus der Vergangenheit gelernt und sie ist nicht gewillt, wieder solche Zustände einreißen zu lassen.

Wir Sozialdemokraten erwarten daher von der Regierung unverzügliche Eingriffe auf folgenden Gebieten, die ohne zeitraubende Ermittlungen und Untersuchungen unternommen werden können, und begründen es mit der keines weiteren Beweises bedürfenden Darstellung, daß bei sinkendem Normallohn die Lebenshaltungskosten von Monat zu Monat steigen. Nach Feststellungen des statistischen Landesamtes für Groß-Hessen beträgt die Steigerung der Lebenshaltungskosten allein in der Zeit von Januar bis Mai ds. Js. bis zu 6,30/0.

1. Fahrpreise.

Die Erhöhung der Fahrpreise für Wochen- und Monatskarten trifft die breitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung in einschneidender Weise. Eine statistische Durchschnittszahl liefert hierfür kein deutliches Bild. Die Belastung geht in unzähligen Fällen über das erträgliche Maß hinaus. Die Aufhebung der Fahrpreiserhöhung ist dringend geboten.

2. Steuern.

Die vom Kontrollrat beschlossene starke Erhöhung der direkten und indirekten Steuern hat die Einkommenslage des ärmsten Teiles der Bevölkerung weiterhin empfindlich getroffen. Die Tabaksteuer, die den gering bezahlten Arbeitern und Angestellten eine der letzten, ohnedies schon kärglich bemessenen Daseinsfreude beschneidet, muß in diesem Zusammenhang als besonders unsozial empfunden werden. Das gesamte Gebiet der steuerlichen Gesetzgebung bedarf einer gründlichen Revision.

3. Löhne und Gehälter.

Die Löhne und Gehälter, die in zahlreichen Fällen, durch den Übergang von Qualitätsarbeit zu geringer bewerteter Arbeit, schon im Stundensatz gesunken sind, wurden häufig durch die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich wegen des Verfalls der Kräfte nicht zugemutet werden kann, ist es ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, einen angemessenen Lohnausgleich für die ausfallenden Wochenstunden vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang gilt als vordringlichstes Problem die seit langem notwendige Lohnerhöhung für Bau- und Bergarbeiter, nicht nur, um diesen körperlich besonders schwer arbeitenden Menschen einen gerechten Lohn zu verschaffen, sondern auch, um zwei wichtigen Aufbauberufen die notwendigen Arbeitskräfte zuzuführen. Der Entlohnung der Forst- und Landarbeiter ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand, daß der Lohnstop bei ständiger Erhöhung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgüter dazu führt, daß große Teile der arbeitenden Bevölkerung selbst die auf Karten und Bezugscheine zugeteilten Waren nicht mehr kaufen können.

4. Die Preisfrage.

Die Preissteigerungen haben in erschreckendem Maße allmählich jedes Gebiet ergriffen. Wir wissen, daß die schematische Festlegung eines Stichtages für einen allgemeinen Preisstop keine Lösung bedeutet, weil dann doch in einer Fülle von Sonderfällen Ausnahmeregelungen ge-

troffen werden müssen. Um so mehr fordern wir eine Preiskontrolle, die schlagkräftig und rasch arbeitet und sich der Mitarbeit aller Sachverständigen, also auch der Hausfrauen und Arbeitnehmer bedient. Allen Versuchen, das Kriegsschädenproblem individuell zu lösen, indem die Aufwendungen für Wiederaufbauarbeiten Kostenelemente der Kalkulation liefern, und zur Begründung von Preissteigerungen führen, ist entschieden entgegen zu treten.

Alle Maßnahmen in dieser Hinsicht dienen dem Ziele, daß die arbeitende Bevölkerung einen Sinn in ihrer Arbeit erblicken kann und nicht hoffnungslos der Verzweiflung anheimfällt. Es ist aus diesem Grunde ebenfalls wichtig, daß die äußersten Anstrengungen gemacht werden, um für die Gegenwart und Zukunft eine ausreichende Ernährung für die Arbeitenden, ebenso aber auch der nicht mehr arbeitsfähigen Bevölkerung sicherzustellen und alle Vorkehrungen zu treffen, damit ein Mindestmaß an Heizungs-vorräten für den kommenden Winter geschaffen wird.

Als weitere Aufgabe fordern wir eine Verdoppelung der Anstrengungen, die Kriegsgefangenen in die Heimat zurückzuführen. Neben der materiellen Not bedrückt jetzt viele Menschen die Trennung von ihren Angehörigen und es leidet überall der Aufbau durch die Abwesenheit vieler Fachkräfte, die sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden.

Die Sozialdemokratische Fraktion richtet deshalb an die Regierung die Anfrage, was sie unternommen hat, um die von uns angeführten Mißstände zu beseitigen und welche Schritte sie weiterhin zu ihrer Lösung zu tun gedenkt.

Nr. 34

Antrag der Fraktion der SPD.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt die Fassung folgenden Beschlusses:

„Entschlie ßung“.

Die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen begrüßt die Entscheidung der Militärregierungen der amerikanischen und englischen Besatzungszonen, beide Zonen zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschließen. Sie sieht in dieser Entscheidung einen ersten Schritt auf dem Wege, Deutschland gemäß den Potsdamer Beschlüssen als wirtschaftliche Einheit zu behandeln.

Die zur Durchführung der Wirtschaftseinheit beider Zonen einzusetzenden Behörden und Körperschaften sollten jedoch nicht nur eine Angelegenheit der vorläufig noch autoritär eingesetzten Länderregierungen sein, sondern bedürfen vielmehr der Ergänzung und Kontrolle durch eine demokratische Körperschaft, deren Mitglieder ihr Mandat dem Willen des Volkes verdanken.

Die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen schlägt deshalb vor, einen „Wirtschaftlichen Interzonen-ausschuß“ von 54 Mitgliedern zu bilden, von denen jede Zone 27 zu bestimmen hat. Diesem Interzonen-ausschuß soll die Aufgabe obliegen, die beteiligten Regierungs- und Verwaltungskörperschaften in allen, die Wirtschaftseinheit betreffenden Fragen zu beraten und einen lebendigen Kontakt mit der Bevölkerung herzustellen. Die Mitglieder dieses Ausschusses sollen in den Fragen der Wirtschaft, der Güterverteilung, des Verkehrs, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse usw. sachkundig und allen Schichten der Bevölkerung entstammen. Jedes der drei Länder der amerikanischen Zone entsendet in den „Interzonen-Ausschuß“ neun Vertreter. Die Wahl dieser Vertreter erfolgt in den Verfassungberatenden Landesversammlungen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems, oder,